

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XIII
Einleitung	1
1. Teil. Staatsanwaltschaftliche Aufgabenstellungen	5
1. Abschnitt. Vorüberlegungen	5
2. Abschnitt. Das Gutachten	6
§ 1. Der materiellrechtliche Teil des Gutachtens	6
A. Formulierungen und Prüfungsaufbau	8
B. Prüfung von Strafverfolgungsvoraussetzungen	11
I. Strafantrag	13
II. Verfolgungsverjährung	15
III. Strafklageverbrauch	16
IV. Weitere Verfolgungsvoraussetzungen	17
C. Beweisfragen	18
I. Verdachtsgrad	19
II. Bewertung des einzelnen Beweismittels	20
III. Beweisverwertung	21
1. Grundlegendes zur Beweisverwertung	22
2. Beweisverbote	26
3. Ausdrücklich geregelte Beweisverwertungsverbote	26
4. Weitere Beweisverwertungsverbote	29
5. Fernwirkung von Verwertungsverböten	47
6. Schlussbetrachtung zu den Beweisverwertungsverböten	47
D. Zusammenfassung des materiellrechtlichen Gutachtens	48
§ 2. Der prozessrechtliche Teil des Gutachtens	48
A. Vorüberlegungen und Sinn dieses Gutachtenteils	48
B. Prozessuale Überlegungen im Hinblick auf die Anklageerhebung	50
I. Sachliche Zuständigkeit	50
II. Örtliche Zuständigkeit	51
III. Zuständigkeitsfragen bei mehreren Beschuldigten	51
IV. Besonderheiten in Bezug auf Maßnahmen	52
V. Mit der Anklage im Zusammenhang stehende Anträge	54
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls bzw. auf Fortdauer der Untersuchungshaft	54
2. Weitere Anträge	56
3. Anträge bei Anklageerhebung gegen Jugendliche und Heranwachsende	57
VI. Weitere Besonderheiten	57
1. Mitteilungspflichten	57
2. Abgabe an Ordnungsbehörde	59

C. Prozessuale Überlegungen im Hinblick auf die (Teil-)Einstellung des Verfahrens	59
I. Der Begriff der prozessualen Tat	60
II. Vorläufige und endgültige Teileinstellungen	62
III. Teileinstellung nach § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO aus sachlichrechtlichen Gründen	62
IV. Teileinstellung nach § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO wegen prozessualer Hindernisse	63
V. Teileinstellung und Verweisung auf den Privatklageweg	63
VI. Teileinstellung bei unwesentlichen Nebenstraftaten	65
VII. Teileinstellung wegen Geringfügigkeit	65
VIII. (Vorläufige) Teileinstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen	66
IX. Teileinstellung nach § 153b StPO	67
X. (Teilweise) Beschränkung der Strafverfolgung	67
XI. Besonderheiten bei Einstellung von Taten Jugendlicher und Heranwachsender	68
D. Besonderheiten hinsichtlich einer Prüfung des Antrags auf Erlass eines Strafbefehls	69
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen	69
II. Inhaltliche Anforderungen	70
E. Die Prüfung eines Antrags im beschleunigten Verfahren	70
3. Abschnitt. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft	71
§ 1. Die staatsanwaltschaftliche Abschlussverfügung	71
A. Formalien	72
B. Vermerke	72
C. „Einstellungsteil“ der Abschlussverfügung	73
I. (Vorläufige) Teileinstellung nach § 154f StPO	73
II. Teileinstellung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen	73
III. Teileinstellung wegen prozessualer Hindernisse	75
IV. Teileinstellung und Verweisung auf den Privatklageweg	75
V. Teileinstellung bei unwesentlichen Nebenstraftaten	76
VI. Teileinstellung wegen Geringfügigkeit	77
VII. (Vorläufige) Teileinstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen	77
VIII. Teileinstellung nach § 153b StPO	77
IX. Beschränkung der Strafverfolgung	78
X. Einstellungen nach dem Jugendstrafrecht	78
D. „Anklageteil“ der Abschlussverfügung	79
E. Besonderheiten bei Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	80
§ 2. Die Anklageschrift	81
A. Vorüberlegungen	81
B. Allgemeines	81
C. Anklagesatz	82
I. Kopf der Anklageschrift	82
II. Personalien	83
III. Zeit und Ort der Tatbegehung	85
IV. Gesetzliche Merkmale der Straftat	86
V. „Konkretisierung“	88

VI. Anzuwendende Strafvorschriften	91
VII. Weitere Angaben	92
D. Angabe der Beweismittel	93
I. Angaben des Angeschuldigten	93
II. Zeugen und Sachverständige	94
III. Urkunden und Gegenstände des Augenscheins	96
E. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	96
F. Mit der Anklageschrift zu stellende Anträge	97
G. In Bayern und Baden-Württemberg zu beachtende Besonderheiten	98
I. Der Aufbau der Anklageschrift in Bayern	98
II. Der Aufbau der Anklageschrift in Baden-Württemberg	99
§ 3. Besonderheiten bei Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	100
2. Teil. Anwaltliche Aufgabenstellungen	103
1. Abschnitt. Anwaltliche Aufgabenstellungen in der Rolle des Strafverteidigers	105
§ 1. Maßnahmen des Strafverteidigers zur Verteidigung im Ermittlungsverfahren ..	105
A. Materiellrechtliche Begutachtung	106
B. Prozessuale Überlegungen zum weiteren Vorgehen	106
§ 2. Maßnahmen des Strafverteidigers gegen Zwangsmaßnahmen im Ermittlungs- verfahren	108
A. Zulässigkeit der Beschwerde	110
B. Zulässigkeit des Antrages auf richterliche Entscheidung	111
C. Begründetheit von Beschwerde und Antrag auf richterliche Entschei- dung	111
D. Weitere Vorgehensweise	112
§ 3. Maßnahmen des Strafverteidigers gegen die Anordnung der Untersuchungshaft	112
A. Zulässigkeit von Haftprüfung und Haftbeschwerde	114
B. Begründetheit von Haftprüfung und Haftbeschwerde	114
C. Weitere Vorgehensweise	114
§ 4. Maßnahmen des Strafverteidigers gegen einen Strafbefehl	116
A. Zulässigkeit des Einspruchs	116
B. Begründetheit des Einspruchs	117
C. Weitere Vorgehensweise	117
2. Abschnitt. Anwaltliche Aufgabenstellungen als Rechtsbeistand des Verletzten	119
§ 1. Zulässigkeit einer Vorschaltbeschwerde	120
§ 2. Zulässigkeit eines Antrages auf gerichtliche Entscheidung	120
§ 3. Begründetheit der Vorschaltbeschwerde und des Antrages auf gerichtliche Ent- scheidung	121
§ 4. Weitere Vorgehensweise	121
3. Teil. Das Strafurteil	123
1. Abschnitt. Urteilskopf	123
2. Abschnitt. Urteilsformel	125
§ 1. Ausspruch ohne Sachentscheidung	125

§ 2. Urteilsformel mit Sachentscheidung	126
A. Urteilsformel bei Verurteilung	127
I. Schuldspruch	127
II. Rechtsfolgenausspruch	129
1. Haupt- und Nebenstrafen	130
2. Maßregeln der Besserung und Sicherung	133
3. Weitere Rechtsfolgen der Tat	135
4. Zusammentreffen von Straftat und Ordnungswidrigkeit	136
B. Kostenentscheidung bei Verurteilung	136
C. Besonderheiten bei freisprechendem und einstellendem Urteil	136
D. Entschädigungsentscheidung	137
§ 3. Liste der angewendeten Vorschriften	138
3. Abschnitt. Urteilsgründe	139
§ 1. Persönliche Verhältnisse	139
§ 2. Feststellungen	140
§ 3. Beweiswürdigung	140
§ 4. Rechtliche Würdigung	142
§ 5. Strafzumessung	143
A. Festlegung der Einzelstrafe	143
I. Bestimmung des angewendeten Strafrahmens	143
1. Strafrahmensmilderungen	144
2. Strafrahmenschärfungen	145
II. Festlegung der konkreten Strafhöhe, die Strafart und die weiteren Entscheidungen	146
B. Strafzumessung bei Schuldspruch wegen mehrerer Straftaten	148
C. Die „Vollstreckungslösung“	149
§ 6. Begründung der Nebenentscheidungen	150
§ 7. Besonderheiten bei Teilverurteilung, Teilfreispruch, Teileinstellung	151
4. Abschnitt. Unterschriften	152
5. Abschnitt. Mit dem Urteil zu verkündende Beschlüsse	152
6. Abschnitt. Das Urteil in Jugendsachen	152
§ 1. Die Urteilsformel	152
§ 2. Die Urteilsgründe	153
7. Abschnitt. Besonderheiten bei Berufungsurteilen	154
§ 1. Die Entscheidung bei unzulässiger Berufung	154
§ 2. Die Entscheidung des Berufungsgerichtes in der Sache	154
§ 3. Weitere Besonderheiten bei Berufungsurteilen	155
4. Teil. Die Revision	157
1. Abschnitt. Vorüberlegungen	157
§ 1. Revisionsrechtliche Aufgabenstellungen	157
§ 2. Grundlagen zum Wesen der Revision	159
§ 3. Das Lesen der Akte und die konkrete Aufgabenstellung	160
§ 4. Der Aufbau der revisionsrechtlichen Gutachtenklausur	161

2. Abschnitt. Das revisionsrechtliche Gutachten	161
§ 1. Die Zulässigkeit der Revision	162
A. Statthaftigkeit	162
B. Anfechtungsberechtigung	164
C. Beschwer	164
D. Kein Rechtsmittelverzicht	166
E. Frist und Form der Einlegung und Begründung der Revision	166
§ 2. Die Begründetheit der Revision	169
A. Von Amts wegen zu beachtende Voraussetzungen des Strafverfahrens ..	170
B. Die Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren (Verfahrensrüge) .	172
I. Die fehlerhafte Anwendung einer Verfahrensvorschrift durch das Ge-	
richt	173
II. Die Beweisbarkeit des Verfahrensverstößes im Revisionsverfahren ..	176
III. Das „Beruhen“ auf dem (beweisbaren) Verfahrensverstöß	177
IV. Kein Verlust der Verfahrensrüge	177
C. Verletzung einer „anderen Rechtsnorm“ (Sachrüge)	177
I. Tatsachenfeststellungen und Subsumtion	178
II. Beweiswürdigung	179
III. Strafzumessung	180
§ 3. Zweckmäßigkeitserwägungen und Anträge	180
A. Erfolglosigkeit der Revision	180
B. Weiteres Vorgehen bei zulässiger und begründeter Revision	181
I. Revisionseinlegung	182
II. Revisionsbegründung	182
1. Angreifbarkeit wegen Verfahrensfehlern	182
2. Angreifbarkeit wegen sachlicher Fehler	182
3. Revisionsanträge	183
5. Teil. Der Aktenvortrag in der mündlichen Prüfung	185
1. Abschnitt. Einführung	185
2. Abschnitt. Aufbau des Aktenvortrags	186
§ 1. Einleitung des Vortrags	186
§ 2. Kurzer Bericht	187
§ 3. Wesentlicher Entscheidungsvorschlag	188
§ 4. Begründung des Entscheidungsvorschlags	188
A. Materieellrechtliche Begutachtung	189
B. Prozessuale Überlegungen	190
§ 5. Konkreter Entscheidungsvorschlag	192
Sachregister	193